

# Hoyer besorgt wegen Investitionsstau

EIB-Präsident hält Ausbau digitaler Infrastruktur für entscheidenden Wettbewerbsfaktor

Der Präsident der Europäischen Investitionsbank (EIB), Werner Hoyer, schlägt Alarm. Angesichts des absehbar gedämpften Wachstums in den kommenden Jahrzehnten müsse Europa dringend seine Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit stärken. Dazu seien deutlich mehr Investitionen nötig. Vor diesem Hintergrund gewinne der Juncker-Plan an Bedeutung.

Der Präsident der Europäischen Investitionsbank (EIB), Werner Hoyer, schlägt Alarm. Angesichts des absehbar gedämpften Wachstums in den kommenden Jahrzehnten müsse Europa dringend seine Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit stärken. Dazu seien deutlich mehr Investitionen nötig. Vor diesem Hintergrund gewinne der Juncker-Plan an Bedeutung.

Börsen-Zeitung, 22.10.2015 fed/wb/wf Brüssel/Luxemburg/Berlin – Der Präsident der Europäischen Investitionsbank (EIB), Werner Hoyer, trug anlässlich des Luxemburger Finanzmarktforums, das gemeinsam von der Deutschen Bank Luxemburg und der Börsen-Zeitung veranstaltet wird, eine schonungslose Bestandsaufnahme vor. Europa verliere seit den neunziger Jahren an Wettbewerbsfähigkeit und leide spätestens seit der Finanzkrise unter einer „ausgeprägten Investitionsschwäche“. Das Investitionsvolumen liege spürbar unter dem langfristigen Durchschnitt, die Forschungsausgaben merklich unter den eigenen Zielwerten, die Zahl der Patentanmeldungen unter den Vergleichswerten jenseits des Atlantiks.

„Fakt ist, dass wir über Jahrzehnte von der Substanz gelebt haben“, unterstrich er. Wenn es nicht gelänge, die riesige Investitionslücke zu schließen, gefährdeten die europäischen Volkswirtschaften ihre Wettbe-

werbsfähigkeit. Eine zentrale Rolle komme dabei der Digitalisierung der Wirtschaft zu, die Hoyer für spielentscheidend hält. Er sei überzeugt, „dass die Stärke Europas in Zukunft ganz wesentlich von unserer Fähigkeit bestimmt wird, bei den digitalen Technologien und Dienstleistungen aufzuholen“, unterstrich Hoyer. Dafür seien Investitionen in die digitale Infrastruktur, etwa in die Kapazitäten von Rechenzentren – dringlich.

Hoyer zeigte zugleich auf, dass es Lösungen gibt, auf den Mangel an Investitionen zu reagieren – und dass die EU-Investitionsbank dabei eine prominente Rolle spielt. „Wir sind das Instrument, mit dem die knappen öffentlichen Mittel in ihrer Wirkung maximiert werden können“, hob der EIB-Präsident hervor. Das gelte zum einen für die Hauptrolle, die die Bank bei der Umsetzung des 315 Mrd. Euro schweren EU-Investitionspakets spiele. Kritikern dieser als „Juncker-Plan“ bekannten Initiative entgegnete Hoyer, dass ausschließlich Vorhaben gefördert werden, die einen „messbaren Beitrag zur Modernisierung des Kapitalstocks“ leisten. Zum anderen erschöpften sich die EIB-Aktivitäten nicht allein im Juncker-Plan. Die Bank mobilisiere mit einem Finanzierungsvolumen, das zweieinhalbmal so groß sei wie das der Weltbank, „um die 240 Mrd. Euro an privatem Kapital, das direkt in Investitionen der Realwirtschaft fließt, pro Jahr.“

Hoyer verwies schließlich auf aktuelle Herausforderungen in der Flüchtlingskrise. Er bekräftigte die Zusage, dass die Bank bereit sei, die „bisherige Unterstützung weiter auszubauen“.

die hierzulande kein Bleiberecht erhalten haben. Dies gilt besonders für Flüchtlinge aus „sicheren Herkunftsstaaten“. Derzeit leben rund 193 500 Menschen in Deutschland, die ausreisepflichtig sind. Festgehalten wurde,



„Wir sind das Instrument, mit dem die knappen öffentlichen Mittel in ihrer Wirkung maximiert werden können.“

Werner Hoyer

Mit der Flüchtlingskrise werden sich am Sonntag auch die Regierungschefs von Deutschland und sieben anderen EU-Staaten sowie Serbien und Mazedonien beschäftigen, die von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zu einem Sondergipfel zusammengerufen werden. Das Bundeskabinett befasste sich damit, wie die Hindernisse für eine wirksame Abschiebung abgebaut werden können für Flüchtlinge,

dass die Zuständigkeit für die Abschiebung bei den Bundesländern liegt, der Bund aber nach Kräften unterstützen wird. Das könnte auch den Einsatz von Bundeswehrmaschinen bedeuten. Zudem wurde fixiert, dass den Betroffenen kein konkreter Termin für die Abschiebung angekündigt werden muss, um deren Untertanen zu verhindern. Auch die direkte Abschiebung aus Erstaufnahmelagern soll ermöglicht werden.

## EU verdonnert Steuervermeider zu Nachzahlungen

Wettbewerbschüter erklären Vorbescheide für Starbucks in Niederlanden und Fiat in Luxemburg für illegal

Börsen-Zeitung, 22.10.2015 fed Brüssel – Die EU-Wettbewerbschüter machen im Kampf gegen ungerechtfertigte steuerliche Bevorzugung von internationalen Konzernen Ernst. EU-Kommissarin Margrethe Vestager gab gestern den Abschluss der ersten Beihilfeverfahren gegen Unternehmen bekannt, die von umstrittenen Steuervorbescheiden profitierten und denen aggressive Steuervermeidung vorgeworfen wird. Die US-Kaffeehauskette Starbucks wird aufgefordert, 20 bis 30 Mill. Euro an den niederländischen Staat an Körperschaftsteuer nachzahlen. Die Finanzierungstochter von Fiat wiederum wird angehalten, einen Betrag in ähnlicher Höhe an den luxemburgischen Fiskus zu überweisen. Vestager räumte zwar ein, dass die Summen „nicht spektakulär“ seien. Allerdings lägen sie um ein Vielfaches über der tatsächlich gezahlten Steuerlast von jeweils weniger als 1 Mill. Euro.

Der Wettbewerbsrechtsexperte Ulrich Soltész, Partner bei Gleiss Lutz,



Margrethe Vestager

bestätigt, dass die Rückforderungsbeträge zwar niedriger ausgefallen sind, „als von einigen Beobachtern erwartet wurde“. Die EU-Kommission habe jedoch in den Entscheidungen gegen Starbucks und Fiat Finance „Prinzipien festgelegt, die es ihr ermöglichen, in künftigen Fällen höhere Nachzahlungen zu verlangen“. Soltész geht daher davon aus, dass die aktuellen Entscheidungen „er-

hebliche Auswirkungen“ auf die Steuerpraxis in den Mitgliedstaaten entfalten. Es sei damit zu rechnen, dass die Finanzministerien Anweisungen an ihre nachgeordneten Behörden formulieren, was die Erstellung künftiger Steuervorbescheide angeht. „Und die Konzerne sind bereits heute dabei, vorsichtiger zu agieren, wenn sie Verrechnungspreise bestimmen“, meint Soltész.

Die EU-Kommissarin machte gestern deutlich, dass sie „nicht an dieser Stelle aufhören“ werde – nicht nur, weil ohnehin noch Verfahren gegen Apple in Irland und Amazon in Luxemburg sowie gegen 50 Unternehmen in Belgien laufen, die durch fragwürdige „tax rulings“ begünstigt worden sind. Vestager stellt vielmehr darüber hinaus die Eröffnung weiterer Untersuchungen in Aussicht. „Wir werden noch mehr Fälle haben, wenn uns entsprechende Hinweise vorliegen.“ Allerdings machte die Dänin zugleich klar, dass die EU den Kampf gegen aggressive Steuervermeidung nicht allein über das

Wettbewerbsrecht führen kann. Die Beihilfenaufsicht werde sich auf individuelle Fälle konzentrieren. „Wir sind die EU-Kommission, nicht Europas Steuerbehörde“, unterstrich Vestager.

Die konkreten Vorwürfe gegenüber Starbucks und Fiat Finance unterscheiden sich erheblich. Die verbindliche Steuerabsprache der niederländischen Behörde mit der Kaffeehauskette wird beanstandet, weil die niederländische Starbucks-Tochter – eine Rösterei – den Filialshops des Konzerns in ganz Europa ungewöhnlich hohe Nutzungsgebühren in Rechnung stellt, die Steuerlast in der Rösterei jedoch von der Höhe dieser Erträge entkoppelt ist. Fiat wiederum hat marktferne Kapitalrenditen kalkuliert und noch dazu auf eine fiktive Kapitalbasis bezogen, um seine Steuerlast zu drücken.

Vieles spricht dafür, dass die Entscheidung noch einmal vor Gericht überprüft wird. Die betroffenen Länder und Firmen haben angedeutet, sich Rechtsmittel vorzubehalten.

## DIW: Kommunen investieren viel zu wenig

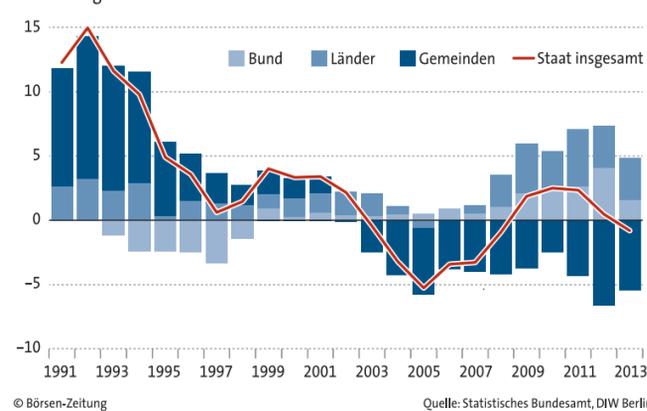
Bund soll Sozialausgaben übernehmen, damit Geld für Schulen bleibt – Arme Gemeinden in „Teufelskreis“

Börsen-Zeitung, 22.10.2015 ge Berlin – Um den Verfall der kommunalen Infrastruktur in weiten Teilen Deutschlands zu stoppen, mahnt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) eine Entlastung der Gemeinden bei den Sozialausgaben durch den Bund an. Übernahme Berlin die Wohn- und Heizkosten für sozial Schwache, würden vor allem arme Kommunen in strukturschwachen Regionen entlastet, die damit mehr Gelder für dringend nötige Investitionen zur Verfügung hätten. In einer Untersuchung stellt das DIW nicht nur fest, dass die kommunale Infrastruktur seit 2002 auf Verschleiß gefahren wird (siehe nebenstehende Grafik). Daneben gibt es ein ausgeprägtes Nord-Süd-Gefälle.

Während der Landkreis München 2013 gut 720 Euro pro Einwohner in Schulen, Straßen oder Schwimmbäder investierte, konnte sich Wilhelmshaven nur minimale 35 Euro leisten – viel zu wenig, um die öffentliche Infrastruktur zu erhalten. Weil die armen Gemeinden wegen der hohen Sozialausgaben kein Geld für Investitionen hätten, würden sie weiter abgehängt. Um diesen „Teufelskreis“ aufzubrechen, plädiert DIW-Forscher Martin Gornig für die Finanzierung wichtiger Sozialaufgaben durch den Bund. Der sollte dafür den Solidaritätszuschlag nutzen.

### Kommunale Infrastruktur fährt auf Verschleiß

Nettoanlageinvestitionen des deutschen Staates in Mrd. Euro



Zugleich empfiehlt das DIW, bei der Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs die kommunale Finanzkraft nicht nur mit 64% zu berücksichtigen, sondern in Zukunft mit 100%. Damit erhielten die finanzschwachen Länder knapp 2 Mrd. Euro zusätzlich, die sie ihren Kommunen für Investitionen weiterreichen könnten.

Darüber hinaus votiert das DIW für eine Stärkung kommunaler Be-

triebe. Die Untersuchung habe gezeigt, dass die Eigenbetriebe weitgehend stabil investierten, weshalb die Berliner Forscher dafür plädieren, dass kommunale Unternehmen mehr Aufgaben übernehmen, wie etwa im Hochbau. Allerdings bezieht sich dieser Teil der Studie primär auf regulierte und damit sichere Netzinvestitionen der städtischen Energieversorger. Die durch die Energiewende inzwischen hoch riskante Stromerzeu-

gung, die nicht wenigen Städte hohe Verluste bringt, wurde nur am Rande berücksichtigt.

Insgesamt hat sich der Anteil der Gemeinde-Investitionen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) von fast 1,8% Anfang der neunziger Jahre auf – seit gut einem Jahrzehnt – unter 0,9% halbiert. Der Bund und die Länder halten ihre Anteile dagegen seit Jahren bei rund 0,3% in etwa stabil.

In den Kommunen, die gut die Hälfte aller staatlichen Investitionen tätigen, ist die Bilanz seit 2003 negativ – die Abschreibungen übertreffen also die Bruttoinvestitionen. Kumuliert sind dem DIW zufolge seit 2003 mehr als 46 Mrd. Euro nicht ersetzt worden. Diese Zahl – „eine Untergrenze“ – ist weit von den 132 Mrd. Euro entfernt, die das KfW-Kommunalpanel als Investitionsrückstand auflistet. Tatsächlich räumt Gornig ein, „was wirklich der kommunale Bedarf ist, wissen wir nicht“.

Berechnen lässt sich allerdings, wie viel Geld nötig wäre, würden alle Kommunen so viel investieren, wie in Bayern Mittel zur Verfügung stehen. Angenommen, das freistaatliche Niveau orientiere sich am tatsächlichen Bedarf, müssten west- und ostdeutsche Städte und Gemeinden ihre Investitionen um 14,4 Mrd. Euro – oder etwa 65% – hochfahren.

### IM INTERVIEW: SALVATORE ROSSI

## Italiens Schwäche: die „niedrige Produktivität“

Generaldirektor der Banca d'Italia lobt aber Reformen

Der neuralgische Punkt der italienischen Wirtschaft liegt in der niedrigen Produktivität und im schwachen Wachstum. Der Generaldirektor der Banca d'Italia, Salvatore Rossi, sagte im Interview der Börsen-Zeitung zudem, die vorwiegend kleine und mittelständische Struktur der Unternehmen des Landes führe zu einem Technologierückstand.

Börsen-Zeitung, 22.10.2015

Herr Rossi, wo liegt der Schwachpunkt der italienischen Wirtschaft?

In der niedrigen Produktivität und im geringen Wachstum. Seit Mitte der neunziger Jahre hat die Produktivität kaum zugenommen. Wichtiger Grund dafür ist die Struktur der Industrie, die größtenteils auf Klein- und Mittelbetriebe konzentriert ist. Viele Firmen haben nicht mit dem Technologie-Fortschritt mitgehalten.

Reicht das vorgesehene Wachstum von prognostiziert 0,7% im laufenden und von 1,6% im kommenden Jahr aus, um bei der Produktivität aufzuholen?

Im laufenden Jahr könnte das Wachstum noch höher ausfallen. Für Italien sind die prognostizierten Wachstumsdaten positiv zu werten. Aber sie reichen noch nicht aus, um den Produktivitätsrückstand zu verkleinern.

Das neue Stabilitätsgesetz konzentriert sich mehr auf Wachstum und weniger auf Ausgabenkürzungen. Wird es Italien schaffen, den versprochenen Schuldenabbau durchzuführen?

Die Regierung ist mit Recht darum besorgt, das Wachstum zu beschleunigen. Wachstum ist die erste Voraussetzung für den Abbau der Schulden. Die zweite ist ein Überschuss in der Primärbilanz, den Italien auch 2016 ausweisen wird. Die Regierung hat versprochen, dass die anteilmäßigen Gesamtschulden 2016 erstmals nach Jahren sinken. Auch wenn die Neuverschuldung nicht auf den vorerst geplanten Stand reduziert wird, wird sie ebenfalls sinken. Wichtig ist der Trend.

Die Maastricht-Kriterien werden hier oft angefochten. Haben sie noch Gültigkeit?

Auf jeden Fall. Maastricht sieht auch eine gewisse Flexibilität vor, die für Italien angewandt wird. Die Haushaltsdisziplin ist ein Grundbestandteil des Eurosystems.

Genügen die Reformen der Regierung Renzi, um die Strukturschwäche Italiens zu beheben?

Ich weiß nicht, ob sie ausreichen. In Italien sind Reformen äußerst schwierig, da in unserer Gesellschaft unzählige Interessengemeinschaften das Sagen haben. Doch hat noch keine Regierung der Nachkriegszeit einen derartigen Reformwillen gezeigt wie das von Regierungschef Matteo Renzi geführte Kabinett. Die institutionellen Reformen, die Abschaffung des „perfekten Zweikammersystems“, sind ausschlaggebend für eine Beschleunigung bei der Umsetzung von Gesetzen. Auch die Arbeitsmarktreform hat ihre ersten positiven Auswirkungen gezeigt. Weitere Reformen wie die Justizreform oder die Vereinfachung der Bürokratie stehen noch an. Sicherlich sind die Reformen nicht perfekt, wichtig ist aber, dass sie eingeleitet wurden.

Banca d'Italia ist weiterhin Aufsichtsbefähigt für das Versicherungswesen. Will Banca d'Italia eine Allfinanz einführen, eine gemeinsame Aufsichtsbehörde für Banken und Versicherungen?

Praktisch gibt es hier bereits eine Allfinanz, da Banken- und Versicherungsaufsicht unter einem Dach bei der Banca d'Italia sind, auch wenn die Versicherungsaufsicht über eine eigene Struktur (Ivass) verfügt.

Ist eine Versicherungsaufsicht auf europäischer Ebene ähnlich der Bankenaufsicht geplant?

Auf europäischer Ebene ist keine gemeinsame Aufsichtsbehörde in Sicht. Diese ist meiner Ansicht nach nicht notwendig, da es bereits eine gemeinsame Regulierung gibt.

Die EZB steht unter Kritik, mit ihren rigorosen Eigenkapitalanforderungen das Wachstum zu bremsen. Sind Sie auch dieser Ansicht?

Nach der Finanzkrise waren die Anforderungen an die Banken richtig. Das wurde überall anerkannt, nicht nur in Europa. Heute ist es wichtig, dass im Rahmen des einheitlichen Aufsichtsmechanismus individuelle Kapitalquoten gefordert werden, welche die jeweilige Lage der Wirtschaft berücksichtigen, in denen die Banken tätig sind. Im Übergang zur neuen Reglementierung ist eine gewisse Gradualität notwendig.

Die Reform der Volksbanken hat noch nicht zu der geforderten Konsolidierung am Bankenmarkt geführt. Ist die Konsolidierung notwendig?

### ZUR PERSON

#### Gentleman



Salvatore Rossi

tkb – Salvatore Rossi hat nach dem Mathematikstudium in seiner Geburtsstadt Bari, beim Internationalen Währungsfonds und am Massachusetts Institute of Technology seine Studien fortgesetzt. 1976 begann er seine Karriere bei der Banca d'Italia, zuerst im Aufsichtsbüro in Mailand, bis er 1979 in die volkswirtschaftliche Abteilung nach Rom versetzt wurde, die er von 2000 an leitete. 2007 wurde er zum Zentraldirektor für Wirtschaftsforschung und Internationale Beziehungen ernannt. Wenige Jahre später wurde „Gentleman Rossi“, wie er von seinen Kollegen genannt wird, Generalsekretär des Direktoriums für wirtschaftspolitische Probleme. 2013 ernannte ihn Zentralbankgouverneur Ignazio Visco zum Nachfolger des damals zur Regierung Mario Monti abgewanderten Generaldirektors Fabrizio Saccomanni. Der 65-jährige Rossi, der für seinen trockenen Humor bekannt ist, sitzt in zahlreichen Aufsichtsräten. Als Verfasser zahlreicher wissenschaftlicher Schriften hat er sich ebenso wie als Dozent für Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten von Rom und Bari einen Namen gemacht.

(Börsen-Zeitung, 22.10.2015)

Für die Umwandlung in Aktiengesellschaften ist noch Zeit bis Ende 2016. Einige Banken haben sie schon verabschiedet. Die Konsolidierung ist ein Mittel, kein Ziel in sich. Durch den Börsengang werden die Kapitalaufstockungen erleichtert. Der Markt bestimmt, ob eine Konsolidierung stattfinden muss.

Die Profitabilität der Banken ist in Italien äußerst gering. Weshalb? Weil die Wirtschaft schwach ist, die Kreditnachfrage der Unternehmen folglich auch. Zuletzt hat sich die Lage aber verbessert.

In Italien gibt es weniger internationale Banken als etwa in Deutschland, Frankreich oder Spanien. Warum?

Ein wichtiger Grund dafür ist die geringe Internationalisierung der Industrieunternehmen.

Wie wird sich der italienische Kreditsektor 2016 entwickeln?

Ich bin vorsichtig optimistisch. Das Wirtschaftswachstum wird sich auch auf den Kreditsektor auswirken.

Das Interview führte  
Thesy Kness-Bastaroli.